

IWH-Pressemitteilung 40/2011

Halle (Saale), den 28. September 2011

Deutscher Handel mit Osteuropa: Kaum Vorteile bei kapitalintensiven Gütern

Die kräftig expandierende Nachfrage in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten liefert der deutschen Exportindustrie deutliche Wachstumsimpulse. Die osteuropäischen Länder haben sich im Zuge ihrer Integration in die Europäische Union hinsichtlich der Produktionsstrukturen in den vergangenen Jahren an Deutschland angenähert. Der deutsche Außenhandel mit diesen Ländern ist kaum mehr durch Importüberschüsse bei arbeitsintensiven Gütern gekennzeichnet. Osteuropäische Länder sind zudem keine Netto-Exporteure von Vorleistungen mehr.

Die zehn mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten haben in den vergangenen Jahren im deutschen Außenhandel erheblich an Bedeutung gewonnen. Während noch Mitte der 1990er Jahre weniger als 5% der deutschen Exporte in diese Region flossen, erhöhte sich dieser Anteil bis zum Jahr 2010 auf 11% (Westdeutschland: 10%, Ostdeutschland: 17%).

In den 1990er Jahren bezogen westeuropäische Produzenten überwiegend Vorleistungen aus den osteuropäischen Ländern. Inzwischen hat sich dieses Handelsmuster gewandelt. Deutsche Produzenten haben in den letzten Jahren zunehmend ihre Endfertigungslinien an Standorte in den neuen EU-Ländern verlagert und liefern dorthin auch Vorleistungen. Insbesondere die auf Vorleistungen stärker spezialisierten Produzenten in den Neuen Bundesländern könnten hiervon profitieren.

Aber auch bei kapital- und humankapitalintensiven Gütern, einer traditionellen Domäne deutscher Exporteure, hat sich das Bild gewandelt. Obgleich innerhalb einzelner (human-)kapitalintensiver wie auch innerhalb einzelner arbeitsintensiver Wirtschaftszweige Handelsbilanzungleichgewichte vorliegen, haben deutsche Produzenten insgesamt gesehen offenbar keine eindeutigen komparativen Vorteile bei (human-)kapitalintensiven Gütern. Die nach wie vor existierenden Spezialisierungsvorteile werden vor allem im intra-industriellen Handel, also im Handel von Gütern innerhalb der gleichen Branche, realisiert.

Veröffentlichung:

KÄMPFE, MARTINA; ZEDDIES, GÖTZ: Komparative Vorteile im Handel Deutschlands mit Osteuropa gering, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 17 (9), 2011, 329-337.

Den vollständigen Artikel erhalten Sie gern auf Anfrage: presse@iwh-halle.de.

Wissenschaftliche Ansprechpartnerin:

Martina Kämpfe
Tel.: + 49 (0) 345 7753-838, E-Mail: Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

Sperrfrist:
28. Sept. 2011,
11:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Telefon:
+ 49 (0) 345 7753-720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartnerin:

Martina Kämpfe
Telefon:
+ 49 (0) 345 7753-838
E-Mail:
mkp@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundeswirtschafts-
ministerium (**BMWi**),
Bundesministerium des
Innern (**BMI**), Auswärtiges
Amt (**AA**)

Wissenschaftliche Schlagwörter:

Außenhandel, Mittel- und
Osteuropa, europäische
Integration

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 (0) 345 7753-60
Fax: +49 (0) 345 7753-820
<http://www.iwh-halle.de>

Pressekontakt:

Stefanie Müller

Tel.: +49 (0) 345 7753-720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen „Von der Transformation zur europäischen Integration“. Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.